

Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben am 18.06.2025

Sitzungsort: Rathaus, Raum 225, Ratssitzungssaal,
Fischmarkt 1, 99084 Erfurt

Beginn: 17:05 Uhr

Ende: 18:59 Uhr

Anwesende Mitglieder des Ausschusses: Siehe Anwesenheitsliste

Abwesende Mitglieder des Ausschusses: Siehe Anwesenheitsliste

Sitzungsleiter: Herr Grenzdörffer

Schriftführer: [REDACTED]

Tagesordnung:

I.	Öffentlicher Teil	Drucksachen- Nummer
1.	Eröffnung und Begrüßung	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
3.	Dringliche Angelegenheiten	
4.	Genehmigung der Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung vom 21.05.2025	1562/25
5.	Behandlung von Anfragen	
5.1.	Anfrage zu rechtlichen, sachlichen und verwaltungsin- ternen Erwägungen zur Grundsteuer C Fragesteller: Fraktion AfD, Frau Rottstedt hinzugezogen: Beigeordneter für Finanzen, Beteiligungen und Theater	1201/25

- | | | |
|--------|--|----------------|
| 6. | Vorberatung von Entscheidungsvorlagen des Stadtrates | |
| 6.1. | Kommunale Verpackungssteuer
BE: Vertreter der Fraktion Die Linke
hinzugezogen:
Beigeordneter für Finanzen, Beteiligungen und Theater | 1175/25 |
| 6.2. | Einführung einer Kommunalen Verpackungssteuer in der
Landeshauptstadt Erfurt
BE: Vertreter der Fraktionen SPD & PIRATEN, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN, Mehrwertstadt
hinzugezogen:
Beigeordneter für Finanzen, Beteiligungen und Theater | 1176/25 |
| 6.2.1. | Antrag der Fraktionen SPD & PIRATEN, Die Linke, Mehr-
wertstadt und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Drucksache
1176/25 - Einführung einer Kommunalen Verpackungs-
steuer in der Landeshauptstadt Erfurt | 1660/25 |
| 6.3. | Kommunale Verpackungssteuer sozial gerecht: Einnah-
menpotenziale für Preise und Qualität bei KiGa- und
Schulessen
BE: Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
hinzugezogen:
Beigeordneter für Finanzen, Beteiligungen und Theater | 1179/25 |
| 6.4. | Einführung eines Tax Compliance Management Systems
(TCMS)
BE: Beigeordneter für Finanzen, Beteiligungen und Thea-
ter | 1287/25 |
| 6.5. | Verwendung der Investitionsmittel aus dem Kommunala-
len Stärkungsgesetz 2025
BE: Vertreter der Fraktion Die Linke
hinzugezogen:
Beigeordneter für Finanzen, Beteiligungen und Theater | 1423/25 |
| 6.6. | Gemeinschaftsgärten erhalten
BE: Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
hinzugezogen:
Beigeordneter für Finanzen, Beteiligungen und Theater | 1550/25 |

- | | | |
|------|---|----------------|
| 6.7. | Pop-Up-Ausstellungshalle: Weichenstellung vor der Sommerpause
BE: Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
hinzugezogen: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Kultur und Welterbe | 1552/25 |
| 7. | Festlegungen des Ausschusses | |
| 7.1. | Festlegung aus der öffentlichen Sitzung FLRV vom 23.04.2025 - TOP 4.1. Anmietung Büroflächen im Kaffeetrichter (Drucksache 0725/25)
BE: Beigeordneter für Bau, Verkehr und Umwelt | 1188/25 |
| 7.2. | Festlegung aus der öffentl. Sitzung des FLRV vom 21.05.2025 zu TOP 7.2 - Information zum Sachstand der Umsetzung von Haushaltbegleitbeschlüsse zur Haushaltsplanung 2024/2025 (Beschluss StR 2436/23); hier: Nr. 41 (DS 0950/25) hier: Bearbeitungsstand
BE: Beigeordneter für Finanzen, Beteiligungen und Theater | 1468/25 |
| 8. | Informationen | |
| 8.1. | Information zu den Auswirkungen der Steuerschätzung Mai 2025
BE: Leiterin der Stadtkämmerei | 1453/25 |
| 8.2. | Untersetzung der zusätzlichen Investitionsförderpauschale 2025
BE: Leiterin der Stadtkämmerei | 1486/25 |
| 8.3. | Mündliche Informationen | |
| 8.4. | Sonstige Informationen | |

I. Öffentlicher Teil

Drucksachen-
Nummer

1. Eröffnung und Begrüßung

Der stellvertretende Ausschussvorsitzende, Herr Grenzdörffer (Fraktion SPD & PIRATEN) eröffnete die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben, begrüßte die Ausschussmitglieder, den Beigeordneten für Finanzen, Beteiligungen und Theater, die Ortsteilbürgermeister sowie alle Gäste. Sodann stellte er die form- und fristgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Zu Sitzungsbeginn waren 9 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

2. Änderungen zur Tagesordnung

Wie der stellvertretende Vorsitzende, Herr Grenzdörffer, bekannt gab, lagen mehrere Anträge zur Änderung der Tagesordnung vor.

Aufgrund der Anwesenheit von Gästen beantragte Herr Robeck (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) den Tagesordnungspunkt 6.6 - Gemeinschaftsgärten erhalten Drucksache 1550/25 – als erste Entscheidungsvorlage vorzuziehen. Zudem schlug Herr Grenzdörffer (Fraktion SPD & PIRATEN) vor, den Tagesordnungspunkt 6.7 – Pop-Up-Ausstellungshalle: Weichenstellung vor der Sommerpause – ebenfalls vorzuziehen und als zweite Entscheidungsvorlage zu behandeln. Dagegen gab es keinen Widerspruch.

Weiterhin wurde durch den stellvertretenden Vorsitzenden, Herrn Grenzdörffer, vorgeschlagen, die themenverwandten Tagesordnungspunkte 6.1 bis 6.3 zusammen zu beraten, jedoch getrennt voneinander abzustimmen. Hierzu bestanden keine Einwände.

Darüber hinaus informierte der stellvertretende Vorsitzende über den verfristet eingereichten Änderungsantrag der Fraktionen SPD & PIRATEN, Die Linke, Mehrwertstadt und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Drucksache 1176/25 – Einführung einer Kommunalen Verpackungssteuer in der Landeshauptstadt Erfurt –, der den Ausschussmitgliedern als Tischvorlage zur Verfügung gestellt wurde.¹

In diesem Zusammenhang hinterfragte Herr Hose (Fraktion CDU) die Dringlichkeit des Antrags und bat um eine entsprechende Begründung. Herr Robeck (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) begründete dies mit der Dauer der Vorgespräche zur fraktionsübergreifenden Formulierung des Antrages. Herr Warnecke (Fraktion SPD & PIRATEN) bestätigte die Aussage seines Vorredners, wonach an den Gesprächen auch Vertreter der Fraktion CDU beteiligt waren. Mithin sollte ein mündlicher Vortrag der Änderungsvorschläge vermieden werden.

¹ Die Tischvorlage wurde im Nachgang der Sitzung als Drucksache 1660/25 erfasst.

Daraufhin erwiderte Herr Hose (Fraktion CDU), dass in der letzten Sitzung vereinbart worden sei, eine Debatte über eine öffentliche Anhörung zu führen. Es sollten Fragen formuliert und anzuhörende Personen festgelegt werden. In Anbetracht der Abweichung von diesem Verfahren und der Kurzfristigkeit des Antrags stehe er dem ablehnend gegenüber.

Der stellvertretende Vorsitzende, Herr Grenzdörffer (Fraktion SPD & PIRATEN), bat um Abstimmung zur Aufnahme der Drucksache in die Tagesordnung.

Herr Robeck (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) stellte einen Antrag auf Fortsetzung der Aussprache über die Dringlichkeit. Hierüber wurde wie folgt abgestimmt.

Abstimmungsergebnis

Ja-Stimmen	5
Nein-Stimmen	3
Enthaltungen	0

Damit wurde die Debatte fortgesetzt und Herrn Robeck das Wort übergeben. Dieser negierte die Auffassung von Herrn Hose. Aus seiner Sicht wurde in der letzten Sitzung ein Prüfverfahren vereinbart, in dem zu beteiligende Akteure angehört werden sollten.

Anschließend wurde mit der Abstimmung über die Dringlichkeit fortgefahren.

Abstimmungsergebnis

Ja-Stimmen	6
Nein-Stimmen	3
Enthaltungen	0

Somit wurde die Tischvorlage zur Behandlung zugelassen und gemeinsam mit den Tagesordnungspunkten 6.1 bis 6.3 aufgerufen.

Auf Nachfrage des stellvertretenden Vorsitzenden, Herrn Grenzdörffer, wurden keine weiteren Anträge zur Änderung der Tagesordnung gestellt. Sodann ließ er über die Tagesordnung in der vorliegenden Form abstimmen.

Abstimmungsergebnis

Ja-Stimmen	9
Nein-Stimmen	0
Enthaltungen	0

3. Dringliche Angelegenheiten

Die Behandlung dringlicher Angelegenheiten war nicht erforderlich.

4. **Genehmigung der Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung vom 21.05.2025** 1562/25

Durch Herrn Robeck (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) wurde schriftlich folgende Änderung unter dem Tagesordnungspunkt 5.1 auf Seite 5 beantragt:

*Durch die einreichenden Fraktionen werde gemeinsam eine Vertagung aller Drucksachen beantragt. Er bedankte sich für die Anregungen und richtete eine Einladung an die Vertreter der Fraktion CDU wegen **der Änderung des Antrags hinsichtlich** der Bildung einer fraktionsübergreifenden Arbeitsgruppe ~~zur Erstellung eines entsprechenden Fragenkatalogs, **welche die Anhörung vorbereiten könne**~~, bis zur kommenden Sitzung des Ausschusses am 18.06.2025.*

Es erfolgte keine Gegenrede, sodass über die Änderung abgestimmt wurde:

Abstimmungsergebnis

Ja-Stimmen	5
Nein-Stimmen	0
Enthaltungen	4

Die Abstimmung über die Niederschrift erbrachte folgendes Ergebnis:

genehmigt mit Änderungen Ja 6 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0

5. **Behandlung von Anfragen**

5.1. **Anfrage zu rechtlichen, sachlichen und verwaltungsinternen Erwägungen zur Grundsteuer C** 1201/25
Fragesteller: Fraktion AfD, Frau Rottstedt
hinzugezogen:
Beigeordneter für Finanzen, Beteiligungen und Theater

Der sachkundige Bürger der Fraktion AfD, Herr Wehrs, nahm mit Bezug auf die Auslegungsbedürftigkeit des § 25 Abs. 5 GrStG Stellung hinsichtlich der Anwendung der Kann-Bestimmung. Die Nachfrage, wie die Stadtverwaltung gedenkt, die Vielzahl an unbebauten Grundstücken zu ertüchtigen, wurde durch Herrn Linnert (Beigeordneter für Finanzen, Beteiligungen und Theater) beantwortet. Mit Verweis auf die Eigentümerschaft der Grundstücke (Landeshauptstadt, KoWo usw.), bestehende Bebauungshindernisse und mangelnde Rechtfertigungsgründe sei die Einführung einer Grundsteuer C nicht zielführend.

Im Hinblick auf den erheblichen Verwaltungsaufwand durch erforderliche bautechnische Prüfungen schätzte Herr Rechenbach (Fraktion CDU) die Einführung einer Grundsteuer C in der Landeshauptstadt als nicht verhältnismäßig ein.

Zur finanzpolitischen bzw. städtebaulichen Bewertung des § 25 Abs. 5 Satz 5 GrStG wurde durch Herrn Linnert eine schriftliche Beantwortung zugesagt:

Drucksache 1672/25	Hinsichtlich der Auslegung des § 25 Abs. 5 Satz 5 GrStG wurde auf Nachfrage des sachkundigen Bürgers der Fraktion AfD, Herrn Wehrs, um Beantwortung gebeten, ob aus Sicht der Stadtverwaltung mit Blick auf den wachsenden Wohnungsmangel und einer Belegungsquote von 97% „städtebauliche Gründe“ vorliegen, die die Erhebung eines gesonderten Hebesatzes in einem Stadtteil als Teil eines Anreizsystems rechtfertigen würden. T: 20.08.2025 V: Beigeordneter für Finanzen, Beteiligungen und Theater
-------------------------------	--

zur Kenntnis genommen

6. Vorberatung von Entscheidungsvorlagen des Stadtrates

- 6.1. Kommunale Verpackungssteuer 1175/25
BE: Vertreter der Fraktion Die Linke
hinzugezogen:
Beigeordneter für Finanzen, Beteiligungen und Theater

siehe Tagesordnungspunkt 6.2

zurückgezogen

**6.2. Einführung einer Kommunalen Verpackungssteuer in der 1176/25
Landeshauptstadt Erfurt
BE: Vertreter der Fraktionen SPD & PIRATEN, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN, Mehrwertstadt
hinzugezogen:
Beigeordneter für Finanzen, Beteiligungen und Theater**

Die Tagesordnungspunkte 6.1 bis 6.3 wurden gemeinsam aufgerufen und nach dem TOP 6.7 behandelt. Hierzu lag die unter dem Tagesordnungspunkt 2 dringlich aufgenommene Tischvorlage (Antrag der Fraktionen SPD & PIRATEN, Die Linke, Mehrwertstadt und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Drucksache 1176/25) vor.

Hinsichtlich der Tischvorlage äußerte sich Herr Hose (Fraktion CDU) skeptisch und wies auf die ablehnende Haltung zahlreicher Verbände und den durch die Prüfung entstehenden erheblichen Verwaltungsaufwand hin.

Herr Warnecke (Fraktion SPD & PIRATEN) brachte angesichts der Argumentation von Herrn Hose Unverständnis zum Ausdruck. Die Formulierung eines Prüfauftrags sei in der letzten Ausschusssitzung auch mit den Vertretern der Fraktion CDU besprochen worden.

Bezüglich der Drucksache 1175/25 (TOP 6.1) kündigte Frau Held (Fraktion Die Linke) an, den Antrag ihrer Fraktion zurückzuziehen. Zur Entwicklung einer zielorientierten und gerechten Steuer bedarf es einer differenzierten Betrachtungsweise unter Einbindung von Wirtschafts- und Umweltverbänden sowie verschiedenen Gewerbetreibenden.

Dem schloss sich Herr Prechtel (Fraktion Mehrwertstadt) an und warb mit dem Änderungsantrag für einen ergebnisoffenen Prozess.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, wurde über die Drucksache 1176/25 in Fassung der Tischvorlage abgestimmt.

Abstimmungsergebnis

Ja-Stimmen	6
Nein-Stimmen	3
Enthaltungen	1

Damit wurde die Drucksache in Fassung der Tischvorlage angenommen.

Anschließend wurde über die Drucksache 1179/25 (TOP 6.3) abgestimmt.

Abstimmungsergebnis

Ja-Stimmen	1
Nein-Stimmen	6
Enthaltungen	3

Damit wurde die Drucksache abgelehnt.

bestätigt mit Änderungen Ja 6 Nein 3 Enthaltung 1 Befangen 0

6.2.1. Antrag der Fraktionen SPD & PIRATEN, Die Linke, Mehrwertstadt und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Drucksache 1176/25 - Einführung einer Kommunalen Verpackungssteuer in der Landeshauptstadt Erfurt 1660/25

siehe Tagesordnungspunkt 6.2

bestätigt

6.3. Kommunale Verpackungssteuer sozial gerecht: Einnahmepotenziale für Preise und Qualität bei KiGa- und Schulessen 1179/25
BE: Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hinzugezogen:
Beigeordneter für Finanzen, Beteiligungen und Theater

siehe Tagesordnungspunkt 6.2

abgelehnt Ja 1 Nein 6 Enthaltung 3 Befangen 0

6.4. Einführung eines Tax Compliance Management Systems (TCMS) 1287/25
BE: Beigeordneter für Finanzen, Beteiligungen und Theater

Die Ausführungen des Beigeordneten für Finanzen, Beteiligungen und Theater, Herrn Linnert, wurden von den Anwesenden zur Kenntnis genommen. Die Implementierung eines Tax Compliance Management Systems (TCMS) diene der ordnungsgemäßen Steuererklärungspraxis im Rahmen technischer sowie organisatorischer Maßnahmen wie z. B. die Einrichtung entsprechender Software und die Schulung von Mitarbeitern. Über den weiteren Fortgang in der Sache wird der Ausschuss jährlich unterrichtet.

Die Nachfrage von Herrn Warnecke (Fraktion SPD & PIRATEN), inwiefern finanzielle Auswirkungen entstehen, wurde durch Herrn Linnert verneint. Aus dem TCMS selbst ergeben sich keine quantifizierbaren Kosten.

Weitere Wortbeiträge lagen nicht vor.

bestätigt Ja 9 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

6.5. Verwendung der Investitionsmittel aus dem Kommunalen Stärkungsgesetz 2025 1423/25
BE: Vertreter der Fraktion Die Linke
hinzugezogen:
Beigeordneter für Finanzen, Beteiligungen und Theater

Frau Held (Fraktion Die Linke) erklärte, den Antrag ihrer Fraktion, verbunden mit der Kritik an der mangelnden Informationsbereitschaft, zurückzuziehen.

Der Beigeordnete für Finanzen, Beteiligungen und Theater, Herr Linnert, verwies auf den Regelungsstatbestand zu überplanmäßigen Ausgaben im Vermögenshaushalt. Bei Maßnahmen bis 500.000 EUR liegt die Entscheidung in Verantwortung des Oberbürgermeisters. Diese müssten jedoch im laufenden Haushaltsjahr umgesetzt werden und sollten daher ein gewisses Planungsstadium aufweisen.

zurückgezogen

6.6. Gemeinschaftsgärten erhalten
BE: Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
hinzugezogen:
Beigeordneter für Finanzen, Beteiligungen und Theater

1550/25

Gemäß dem Tagesordnungspunkt 2 wurde die Drucksache vorgezogen und unter dem Tagesordnungspunkt 6 als erste Entscheidungsvorlage aufgerufen.

Der stellvertretende Ausschussvorsitzende, Herr Grenzdörffer (Fraktion SPD & PIRATEN), wies auf die anwesenden Gäste des LAGUNE e. V. hin und beantragte für die Vertreter das Rederecht. Dieses wurde mehrheitlich erteilt.

Zunächst stellte die Vertreterin des LAGUNE e. V. die Entstehungsgeschichte und das Konzept des Vereins vor. Dabei handele es sich um Gemeinschaftsgärten, eine Art „eingezäunten Park“, die keiner kleingärtnerischen Nutzung unterliegen. Sie verwies auf die mangelnde Erschließung des Gebietes in der Krämpfervorstadt, welches durch den Verein als „grüne Oase“ genutzt wird. Die Zielgruppen, insbesondere Familien mit kleinen Kindern, schätzten die Aufenthaltsqualität, Erholungsfunktion, Spielflächen und die verschiedenen Veranstaltungsformate. In diesem Zusammenhang stehe der Verein im Austausch mit dem Amt für Stadtentwicklung und Stadtplanung, um die Fläche unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit mit einer städtischen Nutzungskonzeption zu versehen. Da die Finanzierung überwiegend aus Projektmitteln der öffentlichen Hand erfolge, belaste die anstehende Pachtzahlung die Vereinsaktivitäten sehr.

Nachdem der stellvertretende Vorsitzende, Herr Grenzdörffer (Fraktion SPD & PIRATEN) über das Rederecht für den Vertreter der Naturfreunde Thüringen abstimmen ließ und dieses mehrheitlich erteilt wurde, übergab er ihm das Wort.

Der Vertreter der Naturfreunde Thüringen ergänzte, dass sich der Verein auf zwei Flächen im Stadtgebiet mit dem Schwerpunkt der Bildung für nachhaltige Entwicklung beschäftige. Hierbei sprach er sich für eine Vereinbarung zwischen den gemeinnützigen Vereinen und der Stadt aus, um die Angebote auf den Flächen weiterhin zur Verfügung zu stellen.

Durch den Beigeordneten für Finanzen, Beteiligungen und Theater, Herrn Linnert, wurde auf die Zuständigkeit der Stabsstelle Nachhaltigkeitsmanagement im Umwelt- und Naturschutzamt verwiesen. Da sich die zuständige Abteilungsleiterin derzeit nicht im Dienst befindet, regte er eine Vertagung der Drucksache an.

Mit Blick auf den § 67 ThürKO erläuterte Herr Robeck (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) die Zulässigkeit der Veräußerung von Vermögensgegenständen unterhalb ihres Wertes, wenn ein besonderes öffentliches Interesse festgestellt wird. Vor dem Hintergrund des beantragten Prüfauftrags lehnte er den Vertagungsvorschlag ab.

Herr Hose (Fraktion CDU) betonte die Wichtigkeit solcher Flächen, gab aber den allgemeinen Interessenkonflikt zwischen der Schaffung von zentrumsnahen Erholungsorten und dem steigenden Wohnraumbedarf zu bedenken. Seine Nachfrage, ob die Zulässigkeit des Antrags gegeben sei, bejahte der Beigeordnete für Finanzen, Beteiligungen und Theater, aber schränkte dies mit Blick auf die fehlende Förderrichtlinie und den bereits bestehenden bevorzugten Mietzins ein.

Der zuständige Abteilungsleiter des Amtes für Geoinformation, Bodenordnung und Liegenschaften verdeutlichte die Notwendigkeit einer Förderrichtlinie, wenn den Gemeinschaftsgärten aus Sicht des Stadtrates eine förderwürdige Bedeutung zukomme. Nach Aussage von Herrn Linnert (Beigeordneten für Finanzen, Beteiligungen und Theater) seien hierfür klare Kriterien zu definieren.

In der anschließenden Aussprache, an der sich Herr Robeck (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Herr Hose (Fraktion CDU), Herr Prechtel (Fraktion Mehrwertstadt) und die Vertreter des LAGUNE e. V. beteiligten, wurden folgende Aspekte diskutiert:

- Schaffung von (bürokratiearmen) Rechtsgrundlagen
- Festlegung von einheitlichen Kriterien
- Gleichbehandlung von Akteuren mit vergleichbaren Tätigkeiten zum Wohl der Allgemeinheit (z. B. Kleingärten oder andere parkähnliche Einrichtungen)
- Finanzierung aus öffentlichen Mitteln und Mitgliedsbeiträgen und deren Auskömmlichkeit für Mietzinsen und Projektarbeit
- Entwicklung eines ganzheitlichen Konzeptes für Nachhaltigkeit, Stadtnaturpflege und Grünflächen
- Bedeutung von Gemeinschaftsgärten als Ort für die öffentliche Jugendarbeit sowie niedrigschwellige Bildungs- und Veranstaltungsangebote

Infolgedessen beantragte Herr Warnecke (Fraktion SPD & PIRATEN) die Vertagung der Drucksache in die Ausschusssitzung am 20.08.2025 aus. Herr Hose (Fraktion CDU) sprach sich ebenso dafür aus, die Beschlussvorlage nach der Sommerpause erneut aufzurufen.

Auf Hinwirken von Herrn Robeck (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) soll in der Zwischenzeit ein Gespräch zwischen den Vertretern der Gemeinschaftsgärten, der Stabsstelle Nachhaltigkeitsmanagement des Umwelt- und Naturschutzamtes und Vertretern des Amtes für Geoinformation, Bodenordnung und Liegenschaften stattfinden, um die Benutzung städtischer Flächen in Form von Gemeinschaftsgärten zu erörtern.

In diesem Kontext forderte Herr Hose (Fraktion CDU) die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf, den Beschlussvorschlag hinsichtlich einer gesamt-konzeptionellen Grundlage für die Gemeinschaftsgärten zu überarbeiten, damit die Stadtverwaltung dazu Stellung nehmen kann. Herr Robeck (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) sagte eine Zuarbeit seiner Fraktion mit den zu beratenden Themen innerhalb einer Woche zu.

Da die Debatte erschöpft war, wurde sodann über den Vertagungsantrag von Herrn Warn-
ecke (Fraktion SPD & PIRATEN) abgestimmt.

Abstimmungsergebnis

Ja-Stimmen	9
Nein-Stimmen	0
Enthaltungen	1

vertagt

- 6.7. Pop-Up-Ausstellungshalle: Weichenstellung vor der Sommerpause 1552/25**
BE: Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
hinzugezogen: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Kultur und Welterbe

Die Drucksache wurde gemäß dem Tagesordnungspunkt 2 ebenfalls vorgezogen und nach dem TOP 6.6 als zweite Entscheidungsvorlage behandelt.

Zunächst fasste der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Kultur und Welterbe, Herr Brede-meier, die in der Stellungnahme zum Ausdruck gebrachte Haltung der Stadtverwaltung zusammen. Infolge der öffentlichen Kritik an der Konzeption zur Pop-Up-Ausstellungshalle wurden mit den Fraktionen Gespräche zur Perspektive und alternativen Nutzungsmöglichkeiten geführt. Im Ergebnis soll ein Ausstieg aus dem Mietvertrag nicht weiterverfolgt werden. Daher wurden durch das Dezernat 06 sechs Varianten zum Umgang mit der Mietsache Defensionskaserne geprüft. Gemäß dem Austausch mit den Fraktionsvertretern soll die Nutzungsvariante 2 „Nutzung als temporärer Kulturort“ unter Beachtung des Personalbedarfs und der finanziellen Aufwendungen weiterbearbeitet und dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Hierbei handelt es sich um eine vereinfachte Version, die die Kostenintensität zur Herrichtung der Inneneinrichtung auf das Wesentliche beschränkt. Im Anschluss an eine temporäre Nutzungsphase von circa zwei Jahren und eine anschließende Evaluation würde sich der politische Willensbildungsprozess anschließen, um eine endgültige Lösung zum Mietobjekt herbeizuführen.

Herr Warnecke (Fraktion SPD & PIRATEN) erkundigte sich, aus welchem Grund ihm keine Akteneinsicht in den Mietvertrag gewährt wurde. Durch den Beigeordneten für Finanzen, Beteiligungen und Theater, Herrn Linnert, wurde eine Prüfung durch den Bereich Oberbürgermeister im Nachgang der Sitzung zugesagt.

Die Intention der Drucksache wurde durch Herrn Robeck (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) mit Verweis auf die notwendige Entscheidung vor der Sommerpause begründet. Er begrüßte die Stellungnahme der Stadtverwaltung als Diskussionsgrundlage.

Herr Hose (Fraktion CDU) befürwortete den vorgeschlagenen Kompromiss und beantragte die Abstimmung in Fassung der Stellungnahme der Stadtverwaltung als Ergebnis des Gespräches zwischen allen Fraktionen und der Stadtspitze.

Zur Nachfrage von Herrn Prechtel (Fraktion Mehrwertstadt), ob es sich hiermit um eine Ergänzung oder Ersetzung des Ursprungsbeschlusses handelt, nahm der Referent des Dezernats für Stadtentwicklung, Kultur und Welterbe Stellung. Der Ursprungsbeschluss besteht unverändert fort. Mit der in Rede stehenden Konkretisierung werde eine temporäre Nutzungsmöglichkeit geschaffen, über die der Stadtrat Bilanz ziehen kann. Eine Änderung der Beschlusslage sei anschließend unverändert möglich.

Weiter erkundigte sich Herr Warnecke (Fraktion SPD & PIRATEN), wie sich die Kosten zur Nutzbarmachung der Räumlichkeit zusammensetzen. Der Referent des Dezernats für Stadtentwicklung, Kultur und Welterbe erklärte, dass die reduzierte Variante mit circa 250.000 EUR für Boden, Elektrik, Licht und Sanitäreinrichtungen auskömmlich geplant sei.

In den weiteren Wortmeldungen machten Herr Hose (Fraktion CDU) und Herr Robeck (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ihre gegensätzlichen Standpunkte deutlich. Während Herr Robeck das fehlende Konzept zur Auswahl der Ausstellungsprojekte monierte, stimmte Herr Hose der Fortführungsperspektive der Stadtverwaltung zu.

Da die Aussprache erschöpft war, ließ der stellvertretende Ausschussvorsitzende, Herr Grenzdörffer zunächst über den Antrag auf Abstimmung in Fassung der Stellungnahme der Verwaltung abstimmen.

Abstimmungsergebnis

Ja-Stimmen	3
Nein-Stimmen	5
Enthaltungen	2

Somit wurde nicht in Fassung der Stellungnahme der Verwaltung abgestimmt.

Sodann wurde über die Drucksache 1552/25 abgestimmt.

abgelehnt Ja 4 Nein 5 Enthaltung 1 Befangen 0

7. Festlegungen des Ausschusses

- 7.1. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung FLRV vom 23.04.2025 - TOP 4.1. Anmietung Büroflächen im Kaffeetrichter (Drucksache 0725/25) 1188/25**
BE: Beigeordneter für Bau, Verkehr und Umwelt

Es bestanden keine Nachfragen.

zur Kenntnis genommen

- 7.2. Festlegung aus der öffent. Sitzung des FLRV vom 21.05.2025 zu TOP 7.2 - Information zum Sachstand der Umsetzung von Haushaltbegleitbeschlüsse zur Haushaltsplanung 2024/2025 (Beschluss StR 2436/23); hier: Nr. 41 (DS 0950/25) hier: Bearbeitungsstand** **1468/25**
BE: Beigeordneter für Finanzen, Beteiligungen und Theater

Auf Nachfrage von Herrn Prechtl (Fraktion Mehrwertstadt) erörterte Herr Linnert (Beigeordneter für Finanzen, Beteiligungen und Theater) das Verfahren zur Umsetzung der Haushaltbegleitanträge. Aus Sicht der Verwaltung ist es Aufgabe der Fraktionsgeschäftsstellen eine entsprechende Kontrolle der eigenen Haushaltbegleitanträge vorzunehmen. Weiterhin stehe es jedem Stadtratsmitglied frei, vom seinem Fragerecht Gebrauch zu machen. Dieses Verfahren habe sich bewährt und sei das effizienteste.

zur Kenntnis genommen

8. Informationen

- 8.1. Information zu den Auswirkungen der Steuerschätzung Mai 2025** **1453/25**
BE: Leiterin der Stadtkämmerei

Vor dem Hintergrund der Steuerschätzungen, des Anstiegs der Sozialversicherungsbeiträge, des neuen Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst und der Mehrausgaben im Sozial- und Jugendbereich informierte der Beigeordnete für Finanzen, Beteiligungen und Theater, Herr Linnert, über die entstehenden Minderausgaben bzw. Mehrbelastungen im städtischen Haushalt. Die Mehreinnahmen aus den zusätzlichen Schlüsselzuweisungen, dem Finanzausgleichsgesetz und dem Sozialkostenausgleich des Landes stehen dazu in keinem Verhältnis. Folglich entstehe ein Haushaltsdefizit in Höhe von circa 17 Millionen Euro. In Anbetracht dessen wurde das Dezernat 02 vom Oberbürgermeister beauftragt, Gegensteuermaßnahmen (z. B. Haushaltssperren) zu eruiieren und Einsparpotentiale aufzuzeigen.

In diesem Zusammenhang kündigte Herr Linnert eine Informationsdrucksache an, um die Daten und Maßnahmenvorschläge den Ausschussmitgliedern darzustellen.

Die Nachfrage von Herrn Robeck (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), ob es derzeit einen Personal-Einstellungsstopp gebe, wurde durch Herrn Linnert verneint.

zur Kenntnis genommen

8.2. Untersetzung der zusätzlichen Investitionsförderpauschale 2025 1486/25
BE: Leiterin der Stadtkämmerei

Herr Prechtl (Fraktion Mehrwertstadt) erkundigte sich, ob die in der Anlage enthaltenen Projekte mit den kommunalen Fachplanungen verifiziert wurden.

Der Beigeordnete für Finanzen, Beteiligungen und Theater, Herr Linnert, verwies auf die zügige Umsetzbarkeit der Maßnahmen auf Grundlage einer verwaltungsinternen Verständigung. Zudem gab er zu bedenken, dass die zusätzlichen Förderpauschalen des Landes keiner jährlichen Planungssicherheit unterliegen und somit im Vorfeld keine tiefgreifende politische Debatte über die Mittelverwendung umsetzbar ist. Andere Kommunen verwenden diese zur Erhöhung ihres Rücklagenbestandes oder zur Senkung der Kreditaufnahmen.

Es wurden keine weiteren Nachfragen gestellt.

zur Kenntnis genommen

8.3. Mündliche Informationen

Entsprechende Drucksachen lagen nicht vor.

8.4. Sonstige Informationen

Da keine sonstigen Informationen vorlagen, beendete der stellvertretende Ausschussvorsitzende, Herr Grenzdörffer (SPD & PIRATEN), die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Rechnungsprüfung, Liegenschaften und Vergaben.

gez. Grenzdörffer
stellv. Vorsitzender

gez. 
Schriftführer